

Wiener Zeitung



Nr. 52

241. Jahrg.

Redaktion: III., Rennweg 16; Druckerei: Österreichische Staatsdruckerei, III., Rennweg 16; Fernsprecher U-18-5-851 Postsparkassenkonto Wien Nr. 178

Dienstag, 2. März 1948

Abonnementpreis für Österreich ohne Bundesgesetzblatt 8 7-80, mit 8 12-00 monatlich; für das Ausland ohne Bundesgesetzblatt 8 12-90, mit 8 18-60 — Einzelpreis 33 g

Amtliche Personalmeldungen

Der Bundespräsident hat den Oberlandesgerichtsrat Dr. Franz Albert Hofmann zum Senatsvorsitzenden in der 4. Staudesgruppe der Richter beim Kreisgericht Wels ernannt.

Der Bundespräsident hat mit Entschluß vom 23. Jänner 1948, Zl. 1174, den derzeitigen provisorischen Leiter der Bundesgewerbeschule Wiener Neustadt Ing. Nikolaus Eichlechner zum Direktor der genannten Anstalt ernannt.

Die Rückreise Dr. Grubers

Nach einer Agenturmeldung aus London will Außenminister Dr. Gruber heute früh nach Wien reisen. In London waren Gerüchte verbreitet, daß die bevorstehende Reise des Außenministers nach Wien erst nach dessen Aussprache mit Bevin beschlossen worden sei und den Zweck habe, die durch die Vorgänge in der Tschechoslowakei geschaffene Lage im österreichischen Ministerrat zu erörtern. Diese Gerüchte und auch die Version, die Reise sei auf eine Versteigerung der Staatsvertragsverhandlungen zurückzuführen, wurden von der österreichischen Gesandtschaft in London für unbegründet erklärt.

Die „Austria-Press-Agentur“ erfährt aus dem Bundeskanzleramt, daß die Reise des Außenministers nach Wien schon seit längerer Zeit für den Fall vorgesehen war, daß der Verlauf der Staatsvertragsverhandlungen eine neuerliche Fühlungnahme mit der österreichischen Regierung wünschenswert erscheinen lasse. Die Verhandlungen mit den Stellvertretern seien jetzt in eine neue Phase getreten, indem die allgemeinen Erörterungen des sowjetischen Vorschlags zum Cheriére-Plan abgeschlossen und nunmehr die einzelnen Punkte der beiden Vorschläge gegenübergestellt und geprüft werden sollen.

Erfolgreichste Sitzung

Die Londoner Konferenz über Deutschland sollte gestern, nach Reuter, ihre bisher erfolgreichste Sitzung abgehalten haben. Nach Abschluß der Geheimsitzung wurde keinerlei Erklärung an die Presse abgegeben. Es gilt jedoch als sicher, daß das Hauptthema der Beratungen die Fusion der französischen Besatzungszone mit der Bizone war.

Optanten-Kommission ernannt

Wie in Bozen amtlich verlautbart wurde, hat die italienische Regierung nunmehr die Mitglieder der Optanten-Kommission ernannt, und zwar je sechs Vertreter der deutschen und italienischen Volksgruppe. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Dr. Oreste Marzadro vom Kassationsgerichtshof in Rom und zu seinem Stellvertreter Dr. Giovanni Brunelli bestellt. Mit der Ernennung dieser Kommission ist die notwendige Voraussetzung für die Durchführung des Optanten-Dekretes geschaffen, nach Artikel 6 des Dekretes ist diese Kommission berufen, einerseits über die Einsprüche, welche die Präfektur gegen den Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft durch die eingebürgerten, nicht abgewanderten Optanten erhebt, andererseits über die Gesuche der abgewanderten Optanten ihr maßgebendes Gutachten abzugeben.

Dieses Gutachten ist zwar formell für das Ministerium, dem die letzte Entscheidung obliegt, nicht ohne weiteres bindend, nach den gegebenen Zusicherungen wird sich das Ministerium jedoch normalerweise an das Gutachten dieser Kommission halten. Die italienische Regierung hat die Zusicherung gegeben, daß sie nur solche Männer in die Kommission ernennen wird, welche Gewähr für absoluten Ernst, Unparteilichkeit und Fernhalten von jeder Gehässigkeit bieten.

Das 10. Stück

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich

geht den Abonnenten der „Wiener Zeitung“ eben zu:

Es enthält:
Nr. 45, Bundesverfassungsgesetz: Finanz-Verfassungsgesetz 1948 — F-VG, 1948.

Nr. 46, Bundesgesetz: Finanzausgleichsgesetz 1948 — FAG, 1948.

Nr. 47, Bundesgesetz: Genehmigung des Bundesrechnungsabchlusses für 1945.

Tschechoslowakische Wahlen werden verschoben

Legalisierung der Aktionskomitees — Große Bauernkundgebung auf dem Wenzelsplatz

Der neue tschechoslowakische Postminister Dr. Neumann erklärte gestern vor Pressevertretern, das Parlament werde demnächst über ein Verfassungsgesetz abzustimmen haben, auf Grund dessen die nächsten Wahlen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben und das Mandat der gegenwärtigen Nationalversammlung verlängert werden soll. Grund hierfür sei der im Juni stattfindende Sokolkongreß und das bedeutende Gesetzgebungsprogramm der Regierung, welches noch vor den Wahlen abgeschlossen werden soll.

Justizminister Cepicka erklärte, er werde dem Parlament einen Gesetzesvorschlag unterbreiten, durch den die Aktionskomitees eine gesetzliche Grundlage erhalten sollen. Die Aktionskomitees würden diesmal das Unkraut gründlich ausrodern.

Keine Angaben über Verhaftungen und Enthebungen

Der kommunistische Informationsminister erklärte den Journalisten, daß es sich bei der vor kurzem aufgedeckten Spionageaffäre um das Treiben ausländischer Agenten in der Tschechoslowakei gehandelt habe, die mit der Reaktion im Inneren in Verbindung standen seien. Er nannte die daran beteiligten westlichen Länder nicht und gab auch die Zahl der Verhaftungen oder Amtsenthebungen im Verlaufe der politischen Säuberung nicht bekannt.

Das „Rudé Právo“ veröffentlicht einen Artikel von Andrej Simon, demzufolge sich eine Verschwörerzentrale um den ehemaligen amerikanischen Botschafter William Bullitt, eine zweite um einen in Rom akkreditierten Diplomaten, der mit einer der größten Bankkorporationen der Welt und mit dem slowakischen Kriegsverbrecher Durchschank Verbindung hatte, und eine dritte um Winston Churchill, dessen Komitee des Vereinigten Europas und um angesehene Funktionäre der Labour Party gruppierte. Schon in der zweiten Hälfte Februar habe man in London, Washington und Paris Gerüchte über den bevorstehenden Sturz Gottwalds gehört, die auch einem Prager südamerikanischen Diplomaten durch sein Außenministerium übermitteln worden seien.

Eine seltsame Geschichte

Wie die französische Agentur meldet, erzählte Minister Plojhar die neue seltsame Version, daß die Minister der Volks- und der Volkssozialistischen Partei ohne vorhergehende Beratung mit den Exekutiven durch eine Clique zum Rücktritt veranlaßt worden seien und daß selbst die Minister, deren Rücktritt angekündigt wurde, nichts davon gewußt hätten. Die Entscheidung sei auf einen von dem Abgeordneten der Volkspartei Iwo Duchafek veranstalteten Dinner gefallen, dem Mons. Halla, der ehemalige Außenhandelsminister Ripka und der volkssozialistische Abgeordnete Firth beigewohnt hätten. Mons. Sramek sei über die Vorgänge nicht auf dem laufenden gewesen und der ehemalige Gesundheitsminister Prohazka habe erst durch die Zeitungen von seinem Rücktritt erfahren. Der neue volkssozialistische Minister Slechta habe bestätigt, daß der Rücktritt der Minister seiner Partei, deren Name nunmehr auf tschechische Sozialisten umgedreht werden soll, sich ähnlich abgespielt habe.

Der Verlauf der Bauernkundgebung

Auf der gestern auf dem Prager Wenzelsplatz abgehaltenen Massenkundgebung der Bauern und Landarbeiter sagte Ministerpräsident Gottwald, daß die Aufteilung allen tschechoslowakischen Landbesitzes von mehr als 50 ha sofort beginnen werde und daß das Eigentum am Boden denen zukomme, die ihn bearbeiten. Wenn jemand behauptete, die Regierung wolle Kollektivwirtschaften einführen, so soll man ihn aus dem Dorfe jagen. Der Rede Gottwalds folgte, wie Reuter meldet, ein Begeisterungssturm der Massen, die die Nacht vielfach in Kaffeehäusern und Kinos verbracht hatten und in der Früh mit Musikpfeifen zum Sammelplatz zogen, und ein ebenso starker Applaus für Präsident Beneš. Verteidigungsminister Svoboda erklärte: „Wir bleiben der Sowjeunion und unseren Verbündeten treu“, und forderte zu Beifallskund-

gebungen für den Präsidenten auf. Landwirtschaftsminister Duris sagte unter anderem, daß durch die bevorstehenden Reformen 70 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeiter von den Steuern befreit würden. Die Sowjetunion habe 20.000 Lastwagen Saatweizen geschickt. Die Bauern sollten die Frühjahrsaussaat fortsetzen. Gegenwärtig besitze die Tschechoslowakei nur 6000 Traktoren. Im Zweijahresplan sei jedoch die Erzeugung von 12.000 und im Fünfjahresplan die von 35.000 vorgesehen. Die Versammlung wurde mit der Nationalhymne beendet.

Der erste Ministerrat

wird heute abgehalten werden. Er soll eine Reihe von Gesetzen beschließen, um den kürzlich beim Kongreß der Gewerkschaftler erhobenen Forderungen nach weiteren Verstaatlichungen zu entsprechen.

Das Parlament soll am 10. März zusammenzutreten, um eine Erklärung des Ministerpräsidenten Gottwald zu hören.

General Ferencik zurückgetreten

Der slowakische Beauftragte für innere Angelegenheiten General Ferencik, der eine führende Stellung in der slowakischen Widerstandsgruppe hatte, trat zurück und erklärte, daß er seinem Vaterlande und seiner Nation auch weiterhin in Treue erden und dem Präsidenten und der republikanischen Regierung treu bleiben werde.

Der allgemeine Gewerkschaftsbund hat nach einer Agenturmeldung aus Preßburg die Druckereien und Verlagshäuser der Slowakisch-demokratischen Partei in Besitz genommen.

Paasikivi antwortet Stalin

Der finnische Staatspräsident Dr. Paasikivi empfing nach einer Reuter-Meldung gestern den Sowjetgesandten Generalleutnant Savonen-

kow und überreichte ihm einen Brief für Marschall Stalin, in dem der Erhalt des persönlichen Schreibens bestätigt und das Versprechen gegeben wird, den vorgeschlagenen Freundschafts- und Beistandspakt mit der Sowjetunion von der Regierung und vom Parlament prüfen zu lassen. Nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Pekkala hielt die finnische Regierung eine Besprechung über den vorgeschlagenen Pakt ab. Präsident Paasikivi soll die Regierung aufgefordert haben, ihre Antwort bis Dienstag bereitzustellen.

Nach einer Meldung von International News Service hat die Führerin der skandinavischen Kommunisten Hertta Kuusinen im Namen der volksdemokratischen Union dem Präsidenten die Forderung zum sofortigen Abschluß eines Paktes mit Sowjetrußland überreicht. Alle anderen Parteien, die zusammen über 102 der 200 Sitze im finnischen Parlament verfügen, haben in ihren offiziellen Organen zu verstehen gegeben, daß sie dem Abschluß des Paktes opponieren. Präsident Paasikivi habe den parlamentarischen Gruppen, die laufend Beratungen abhalten, sieben Fragen vorgelegt. Das finnische Außenministerium dementierte alle Berichte, daß Sowjetrußland eine vollständige Liste sämtlicher aktiven finnischen Offiziere und andere militärische Informationen gefordert habe. Großbritannien als auch Sowjetrußland seien auf Grund des Friedensvertrages berechtigt, solche Informationen zu verlangen.

In Helsinki wurden von einer unbekanntem Organisation Flugblätter verbreitet, in denen nach Reuter die Sowjetunion und Generalissimus Stalin angegriffen werden. Finnland sei nur dem Namen nach unabhängig, denn die lebenswichtigen Interessen würden in Moskau entschieden. Es sei Zeit, diesem Spiel ein Ende zu setzen. Das Schicksal der Esten erwarte auch die Finnen, die jetzt an der Reihe seien.

Expreszug Haifa—Kairo in die Luft gesprengt

28 Tote und 33 Verletzte — Ein Vergeltungsakt der „Sternbande“

Am Sonntag vor acht Tagen waren in Jerusalem mehrere Häuserblöcke in der Jehudastraße durch einen Sprengstoffanschlag vernichtet worden. Genau eine Woche später wurde der Expreszug Haifa—Kairo, an dem drei Waggons mit britischen Truppen, die aus Palästina zurückgezogen wurden, angehängt waren, in die Luft gesprengt. Radio London meldete gestern Abend 28 Tote und 33 verletzte englische Soldaten, während das seinerzeitige Attentat in Jerusalem 54 Tote, 61 Schwer- und 104 Leichtverletzte kostete. Die jüdische Terroraktion „Sternbande“ gab Reuter zufolge in einem Schreiben an die jüdischen Zeitungen bekannt, sie habe das Attentat auf den D-Zug verübt.

Mit den britischen Toten vom Sonntag sind, wie Radio London mitteilt, im letzten Vierteljahr in Palästina 1383 Tote, darunter 124 Engländer, und mehr als 3000 Verwundete zu verzeichnen. Am selben Tag überfielen bewaffnete Juden die Büros des Departments für öffentliche Arbeiten der Palästinaverwaltung im jüdischen Viertel zu Jerusalem, durchsuchten vier Stunden lang das Haus, während die Angestellten mit erhobenen Händen an den Mauern stillstehen mußten, und verschwanden unter Mitnahme von Akten, Explosivstoffen, Vermessungsinstrumenten, Motorfahrzeugen im Wert von 10.000 Pfund. Die Polizei entdeckte am gleichen Nachmittag in dem arabischen Dorf Salameh bei Tel Awiw sechs Judenleichen, die bei einem Angriff der Haganah zurückgelassen wurden.

„Haganah“ und „Irgun Zwi Leumi“

Nach britischen Berichten sind diese beiden Hauptorganisationen jetzt ungefähr gleich stark. Die Terroristengruppe „Irgun Zwi Leumi“ zählt 7000 geschulte aktivistische Kämpfer und etwa 15.000 weniger aktive Anhänger. Die Selbstschutzorganisation „Haganah“ steht in scharfem Gegensatz gegen erstere Gruppe. Der erste offene Zusammenstoß zwischen beiden fand vergangenen Donnerstag in Tel Awiw statt, als die „Haganah“ gegen erpresserische Geldentziehungen der „Irgun Zwi Leumi“ auftrat. 16 Verwundete waren das Resultat. Beide wiederum sind in ihrem Brühnen einig. Die „Haganah“ will jedoch einen Zweifrontenkrieg vermeiden, während die Terroristen aus davor nicht zurückschrecken und wegen ihres radikalen antibritischen Standpunktes seitens der Bevölkerung unterstützt werden.

Ein Kommandé bedrohlich die jüdischen Terroristen, Mitglieder der jüdischen Armee in verräterischer Weise angefallen, mutwillig Gebäude vernichtet und mit Vorbedacht ausländische Staatsangehörige getötet, bewaffnete Plünderungen und weitere Verbrechen begangen zu haben. Das habe auch insofern ernste Folgen nach sich gezogen, als es für die britischen Truppen in Hinkunft nur schwerer gemacht wird, die Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft als Personen zu betrachten, die ein Anrecht auf Schutz haben.

Die Regierungskreise warnen

Die palästinensische Regierung veröffentlichte gestern ein scharfes Kommuniqué, in dem es heißt: „Die andauernden unterschiedlichen Ermordungen und Terrorakte können nur dazu führen, daß die jüdische Gemeinde Palästinas in den Augen der Welt aller Rechte verlustig geht, zu den zivilisierten Völkern gezählt zu werden.“ Der Jewish Agency und Vaad Leumi (dem jüdischen Nationalrat) wird zu große Nachsicht gegenüber den Terroristen vorgeworfen. Das Britische Militärhauptquartier in Jerusalem erklärte, die britische Armee werde unersetzlich ihre Waffen gebrauchen gegen jede Seite, von der das Feuer eröffnet werde. Der einzige Weg, mit der Arme Zusammenstöße zu vermeiden und Verluste zu verhindern, sei, an keinem Kampf in Jerusalem teilzunehmen, da die Armee von jetzt an bei jeder Gelegenheit eingreifen werde.

Daß diese Warnung ernst ist, beweist der Einsatz britischer Panzer, die nach einer Haganah-Meldung an der Grenze zwischen Jaffa und Tel Awiw jüdische Stellungen angriffen. In Jerusalem setzten britische Streitkräfte gegen jüdische Heckschützen erstmals Artillerie von einem Kaliber an, das im Stadtgebiet nicht verwendet worden war.

Belagerungszustand?

Im britischen Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär im Kolonialministerium, die britische Regierung sei bereit, über Palästina den Ausnahmezustand zu verhängen, wenn dies von den britischen Militärbehörden in Jerusalem gewünscht werden sollte. Bis jetzt sei dies jedoch nicht der Fall gewesen. Es sei eine unerschämte Lüge, zu behaupten, britische Soldaten hätten mit dem Attentat in der Jehudastraße zu tun gehabt.

Amtsblatt zur Wiener Zeitung

Erledigungen

Bezirksschulinspektorstelle.

Z. 77.821—IV/Pb/1947. Im Bereiche des Landesschulrates für Steiermark gelangt sofort die Stelle des Bezirksschulinspektors für den Schulbezirk Weiz zur Besetzung.

Gemäß § 1 des Gesetzes vom 14. Mai 1919, St. G. Bl. Nr. 291, betreffend die Anstellung der Bezirksschulinspektoren, kommen für die Besetzung dieser Stelle geeignete, fachlich vorgebildete Lehrpersonen ohne Unterschied des Geschlechtes, die sich auf dem Gebiete des Volksschulwesens bereits betätigt haben, in Betracht. Auf Vorschlag des Landesschulrates wird der Bewerber zunächst provisorisch vom Bundesminister für Unterricht in Verwendung genommen. Selbstverständliche Voraussetzung für die Werbung ist die politische Unbedenklichkeit der betreffenden Lehrpersonen.

Den fristgemäß bis spätestens 1. April 1948 beim Landesschulrat für Steiermark einzureichenden Gesuchen sind folgende Unterlagen anzuschließen:

1. Eine eidesstattliche Erklärung, daß der Befragte niemals der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört hat;
2. die in dem dienstlichen Dekrete in beglaubigter Abschrift, aus denen die Daten der Dienstzeit des Bewerbers hervorgehen, ferner österreichische Anerkennungsdekrete, insbesondere auch etwaiger Maßregelungsbescheide durch die n. s. Behörden;
3. die Lehrbefähigungsergebnisse in beglaubigter Abschrift;
4. ein eingehändig geschriebener Lebenslauf des Bewerbers.

Wien, am 26. Februar 1948. 20502

Aufgebote

Verlassenschaft nach Margarethe Zahn geb. Nietzel. 1 A 70/46 Margarethe Zahn geb. Nietzel, Fürsorgeanwärterin, Baden Fruengasse 12, ist am 27. Dezember 1945 gestorben und hat eine letztwillige Verfügung nicht hinterlassen.

Ob Erben vorhanden sind, ist dem Gerichte nicht bekannt.

Es bestellt Dr. Friedrich Sommer, Rechtsanwalt in Baden, zum Kurator der Verlassenschaft.

Wer auf die Verlassenschaft Anspruch erheben will, hat dies binnen sechs Monaten von heute ab dem Gerichte mitzuteilen und sein Erbsrecht nachzuweisen. Nach Ablauf der Frist wird die Verlassenschaft, soweit die Ansprüche nachgewiesen sind, zu Gunsten des Staates eingezogen werden.

Bezirksgericht Baden, Abt. 1, am 14. Februar 1948. 20466/32

Eigentumsansprecher.

U 174/48. Beim Bezirksgericht Neusiedl am See erlieft folgender Beweisantrag: dessen Eigentümer dem Gerichte unbekannt ist, und zwar: 92 Stück Elbstück (vermutlich Silber), mit einem Wappen gekennzeichnet.

Gemäß § 376 St. P. O. werden alle jene Personen, welche an diesem Elbstück ihr Eigentum nachweisen können, aufzufordern; nach Kündmachung dieses Ediktes, längstens jedoch binnen Jahresfrist vom Tage der dritten Einschaltung in der „Wiener Zeitung“, ihren Anspruch geltend zu machen.

Nach Ablauf dieser Frist wird, wenn niemand ein Recht auf den beschriebenen Gegenstand darlegt, das Elbstück der Veräußerung zugeführt.

Bezirksgericht Neusiedl am See, Abt. 5, am 5. Februar 1948. 20082/3

Gertrude Schanzer.

T 350/47. Gertrude Schanzer, geboren am 19. März 1911 in Kmaten, Bezirk Amstetten, österreichische Staatsbürgerin, Private, zuletzt in Kmaten Nr. 49 wohnhaft gewesen, wurde wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum vorerst nach Wien, VII., Neubaugasse Nr. 25 abgebracht, sodann am 28. November 1941 nach Minsk transportiert. Seitler ist sie verschollen. Eine Nachricht von dort ist nicht eingelangt.

Auf Ansuchen des Hermann Schanzer, Kaufmann in Kmaten Nr. 49, Bezirk Amstetten, vertreten durch Dr. Heinrich Hofmann, Rechtsanwalt in Amstetten, wird das Verfahren zur Todeserklärung der Gertrude Schanzer eingeleitet und die Aufforderung erlassen, dem Gerichte Nachricht über die Verschollene zu geben.

Gertrude Schanzer wird aufgefordert, vor dem genannten Gerichte zu erscheinen oder auf andere Weise von sich Nachricht zu geben.

Nach dem 30. Mai 1948 wird das Gericht auf neuerliches Ansuchen über die Todeserklärung entscheiden.

Kreisgericht St. Pölten, Abt. 2, am 2. Februar 1948. 20182

Rudolf Zettl

T 469/47. Rudolf Zettl, geboren am 21. August 1903 in Hainfeld als ehelicher Sohn des Rudolf Zettl und der Mathilde geb. Roub, eingetragen im Geburts- und Taufbuch der römisch-katholischen Pfarre Hainfeld, Tom. V, Fol. 148, österreichischer Staatsangehöriger (nach Hainfeld zuständig), laut Heiratsurkunde des Pfarramtes Neulengbach, Tom. VI, Fol. 200, seit 12. Februar 1929 mit Theresia geb. Maier verheiratet, Beruf Schmied, zuletzt in Neulengbach, Wiener Straße 68, wohnhaft gewesen, letzter Dienstort Unterfeldwibel, letzte Feldpostnummer nicht bekannt, kam in jugoslawische Kriegsgefangenschaft und soll am 17. Mai 1945 an Dysenterie in Pancevo, Jugoslawien, gestorben sein. Seine letzte Nachricht stammt vom 3. März 1945. Seitler ist er vermisst.

Demnach hat Rudolf Zettl als Angehöriger der ehemaligen deutschen Wehrmacht am Kriege teilgenommen und ist während dieser Teilnahme im Gefahrengebiete vermisst worden, ohne daß von ihm oder von einem Dritten über ihn Nachrichten eingelangt sind.

Da es hiernach nicht zweifelhaft ist, daß Rudolf Zettl den Tod gefunden hat, wird auf Ansuchen der

Theresia Zettl das Verfahren zum Beweise des Todes des Rudolf Zettl eingeleitet. Es wird demnach die allgemeine Aufforderung erlassen, bis zum 30. Juni 1948 dem Gerichte über Rudolf Zettl Nachricht zu geben.

Nach Ablauf dieser Frist und nach Aufnahme der Beweise wird über den Beweis des Todes entschieden werden.

Kreisgericht St. Pölten, Abt. 2, am 23. Jänner 1948. 20032

Firmenprotokollierungen

Handelsgericht Wien.

Am 30. Jänner 1948.

Neueintragen:

A 11416 Anton Babinsky, Metallwarenerzeugung (Wien, VI, Moritzgasse 3). Inhaber: Anton Babinsky Kaufmann, Wien. A 11434 Josef Drozd, Kartongas- und Papierwarenerzeugung (Wien, III, Steingasse 28). Inhaber: Josef Drozd, Kaufmann, Wien. A 11573a Auto-Anhänger-Spezialhaus Otto Starzen (Wien I, Schuberger 3). Inhaber: Otto Starzen, Kaufmann, Wien. A 12939 „Handelswerbung O. Tübele u. Co., Komm. Ges.“ (Wien I, Wallfischgasse 8). Kommanditgesellschaft seit 15. Mai 1947 persönlich haftender Gesellschafter: Othmar Tübele, Kaufmann, Wien. Einzelprokurist: Walter Gunhold, Wien. 2 Kommanditisten sind bestellt.

A 12940 „Café Dogenhof“ Braun & Co. (Wien, II, Praterstraße 70). Offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1946. Gesellschafter: Sigmund Braun, Caterier, Wien, und Rosa Powolny, Bäckereimeisterin, Wien. Vertretungsbefugte: die beiden Gesellschafter gemeinsam.

B 5649 Max Hübner, Büroartikel-Export-Gesellschaft m. b. H. (Wien, VII, Museumstraße 3). Gegenstand des Unternehmens: Anfuhrhandel und Binnengroßhandel mit Büro- und Lebensmittelkonsumgüterartikeln nach eigenen Patenten sowie Einfuhrhandel von deren Bestandteilen. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 18. April 1947 mit einem Nachtrag abgeschlossen. Stammkapital: 50.000 S. Geschäftsführer: Max Hübner, Kaufmann, Wien. Außerdem wird bekanntgemacht: In Anrechnung auf seine Stammeinlage bringet der Gesellschafter Max Hübner in die Gesellschaft ein: 1. „Vertriebsführungsapparat“, angemeldet beim Patentamt Wien am 30. März 1946 zur Zahl A 136146 im Werte von 3125 S.; 2. „Parallelführungsapparate für Zeichenbrettlein“, angemeldet beim Patentamt Wien am 1. Februar 1947 zur Zahl A 44847 im Werte von 3125 S.; 3. „Parallelführungsrichtung für Lineale“, angemeldet beim Patentamt Wien am 22. März 1947 zur Zahl A 131747 im Werte von 3125 S.; 4. „Beistützpfeiler“, angemeldet beim Patentamt Wien am 1. August 1946 zur Zahl A 131446 im Werte von 3125 S.; 5. „Farbband, Farbdruck oder -reduzieren“, angemeldet beim Patentamt Wien am 11. November 1946 zur Zahl A 478646 im Werte von 3125 S.; 6. „Roll-Lineale“, angemeldet beim Patentamt Wien am 3. November 1945 zur Zahl A 107645 Kl. 70/bII im Werte von 3125 S.; 7. „Ultradruck-Konservierungsbehälter“, angemeldet beim Patentamt Wien am 11. Februar 1946 zur Zahl A 54446 Kl. 53 b im Werte von 3125 S.; 8. „Füllbleistift mit durchsichtiger Schaft zum Beobachten der Mine“, D. R. P. 726 657 vom 24. Mai 1938 im Werte von 3125 S.; zusammen im Werte von 25.000 S. Diese Patente sind der Gesellschaft auf die Dauer ihres Bestandes zur Benutzung und Verwertung zur Verfügung gestellt. Das Eintragsbuch bleibt dem Gesellschafter Max Hübner vorbehalten. Der Rest des Stammkapitals ist bar eingezahlt.

B 5650 „Arboret“ Präpflanzl-Gesellschaft m. b. H. (Wien, XV, Benedikt-Schellinger-Gasse 6). Gegenstand des Unternehmens: Die Erzeugung von Preisstücken, die aus Holz, Altpapier, Torf, Stroh, Schilf oder ähnlichem Rohmaterial hergestellt werden, sowie der Handel mit solchen Waren. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. September 1947 mit einem Nachtrag vom 20. November 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft wird — auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind — durch jeden Geschäftsführer selbständig vertreten. Stammkapital: 20.000 Schilling. Geschäftsführer: Ernst Ciccarra, Kaufmann, Wien. Außerdem wird bekanntgemacht: Die Stammeinlagen sind zur Gänze eingezahlt.

B 5651 Dr. E. H. Seefelner, Gesellschaft m. b. H. Wien, III, Lothringerstraße 20. Gegenstand des Unternehmens: Herausgabe von Zeitschriften und Verlag von Büchern und Druckschriften. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. Dezember 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft wird — wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind — durch zwei Geschäftsführer vertreten. Stammkapital: 50.000 S. Geschäftsführer: Dr. Egon Hugo Seefelner, Chefredakteur, Wien. Außerdem wird bekanntgemacht: Die Stammeinlagen sind zu einem Viertel eingezahlt.

Veränderungen:

A 6066 F. M. Hämmerle (Zweigniederlassung Wien, I, Franz-Josefs-Kai 33, Sitz: Dornbirn). Vertretungsbefugte nunmehr nur die Gesellschafterin Margarethe Hladik geb. Hämmerle; nunmehr wohnhaft in Dornbirn. Einzelprokurist: Rudolf Seidl in Dornbirn, Gesamtprokurist: Dr. Theodor Hladik, Dornbirn. Er vertritt gemeinsam mit einem anderen Prokuristen.

A 6488 „Veranstalt.“ Bandfabriken Nfg. Walther Schwarz Kom. Ges. (Wien, VI, Millergasse 9). Gesamtprokurist: Johann Berger, Baden. Er vertritt gemeinsam mit einem anderen Prokuristen.

A 8300 Carl Huber (Wien, XVI, Söbererplatz 7). Die Prokura des Ferdinand Ulrich ist erloschen.

B 4175 Klosterneuburger Spinner- und Weberei Aktiengesellschaft (Wien, I, Salzberg 17). Theresie Hillinghaus ist nicht mehr Vorstandsmitglied.

Friedrich Kafkas, Direktor, Eichgraben, ist zum Vorstandsmitglied und Karl Urban, Gutsbesitzer, Wien, zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt.

B 4197 a „Merkanthle“ Warenhandels-Gesellschaft m. b. H. (Wien, I, Schottengasse 1). Mit Beschluß der Generalversammlung vom 3. Dezember 1947 wurde der Gesellschaftsvertrag im § 9 geändert und ein neuer § 22 hinzugefügt. Auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, ist nunmehr jeder selbständig vertretungsbefugt. Dr. Otto Gruss ist nicht mehr Geschäftsführer.

B 5599 „Unikommerz“ Warenhandels-Gesellschaft m. b. H. (Wien, I, Kärntner Straße 43). Zum weiteren Geschäftsführer bestellt: Walter Pazofsky, Kaufmann, Wien.

B 5779 Ostmark Werke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Wien, III, Arsenal, Tor 12). Als öffentlicher Verwalter entbunden: Karl Steinmaß; bestellt: Vermögensverwaltungs-Gesellschaft m. b. H. Wien. Während der öffentlichen Verwaltung ruhen die Befugnisse der Organe der Gesellschaft.

A 7479 a Wulkan & Neubrunn (Wien, III, Rennweg 110). Gelöst die Abwicklerin, Gesellschaft für Revision und treuhänderische Verwaltung Gesellschaft m. b. H. 19632

Handelsgericht Wien.

Am 31. Jänner 1948.

Neueintragen:

A 12943 Pisk & Bacher (Wien, I, Weiburggasse Nr. 18—20, Handel mit Schreib- und Antiquitäten). Offene Handelsgesellschaft seit 15. Juni 1947. Gesellschafter: Otto Pisk, Benzon Bacher, Kaufleute in Wien. Vertretungsbefugte sind nur beide Gesellschafter gemeinsam.

B 5652 Internationales Institut für historische Hilfswissenschaften Gesellschaft m. b. H. (Wien, I, Weiburggasse 32). Gegenstand des Unternehmens: Die Errichtung von Gutachten, Schätzungen, Katalogisierungen, Erteilung von fachwissenschaftlichen Auskünften in genealogischer, heraldischer, chronologischer, paläographischer und numismatischer Hinsicht, sowohl im Inlande als auch für das gesamte Ausland. Ankauf und Verkauf sowie die Vermittlung des Verkaufes von in dieses Fach einschlägigen Antiquitäten. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. September 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft wird — wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind — durch zwei Geschäftsführer gemeinsam vertreten. Stammkapital: 20.000 S. Geschäftsführer: Alberto Marquis de Hohenkubin, Historiker und Numismatiker, Wien, und Dr. Alois Berchtold-Unarschitz, Genealoge und Heraldiker, Wien. Außerdem wird bekanntgemacht: Die Stammeinlagen sind zu einem Viertel eingezahlt.

B 5653 Heimbauer Baustofffabrik Gesellschaft m. b. H. (Wien, III, Berggasse 9). Gegenstand des Unternehmens: Die Erzeugung von Mauer- und Dacheisziegel aller Art, Lechbaumaterial und Zementwaren, Brennen von Kalk und Erzeugung von Edelputzmaterialien und Fassadenverputzmassen sowie der Handel mit solchen Erzeugnissen. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. April 1947 abgeschlossen, und am 30. Juni 1947 neu gefaßt, und am 11. Dezember 1947 im § 2 geändert. Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Stammkapital: 20.000 S. Geschäftsführer: Dipl.-Physiker Ferdinand Balaß, Baustoffindustrieller, Wien, und Erwin Rottner-Weyer, Kaufmann, Wien. Außerdem wird bekanntgemacht: Die Stammeinlagen sind zur Gänze eingezahlt.

B 5654 Österreichische Vereinigte Schuhmaschinen Gesellschaft, Gesellschaft m. b. H. (Wien, VII, Spottensfeldgasse 85). Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung, der Kauf, Verkauf oder die Vermietung von Maschinen und Teilen derselben sowie von Gegenständen jeder Art, welche zur Herstellung oder Behandlung von Schuhwaren oder von irzweidlichen ganz oder teilweise aus Leder oder Gummi bestehenden Artikeln sich eignen oder auf solche Herstellung oder Behandlung irzweidlich Bezug haben, sowie die Fabrikation, der Kauf oder Verkauf dieser Artikel selbst, der Erwerb, der Verkauf, der Kauf und die Ausübung von Patenten und Patentrechten (einschließlich Lizenzen auf Grund von Patenten), welche in irgendwelcher Beziehung zu den vorbezeichneten Maschinen, Gegenständen oder Artikeln stehen oder die Führung der vorbezeichneten Geschäfte oder deren Entwicklung erleichtern, der Erwerb, der Verkauf, die Übertragung, die Verpfändung und die Verwaltung von Vermögensgegenständen jeder Art, welche für die Führung und die Entwicklung der vorbezeichneten Geschäfte dienlich erscheinen. Erwerb, Kontrolle und Verkauf von Aktien von Geschäften oder Unternehmen, welche zu dem vorbezeichneten Gegenstande des Unternehmens der Gesellschaft in irgendwelchen Beziehungen stehen. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. April 1947 mit einem Nachtrag vom 9. Oktober 1947 abgeschlossen. Die Gesellschaft wird — auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind — durch jeden Geschäftsführer selbständig vertreten. Stammkapital: 20.000 S. Geschäftsführer: Lawrence Joel Eckstrom, Rechtsanwalt, Amherst, New Hampshire, USA, und Fritz Voss, Kaufmann, Wien. Außerdem wird bekanntgemacht: Die Stammeinlagen sind zur Gänze eingezahlt.

Veränderungen:

B 4388 „Expertia“ Revisions- und Treuhändergesellschaft m. b. H. (Wien, I, Kramerergasse 9). Doktor Maria Rauchenberger und Walter Fildis sind nicht mehr Geschäftsführer. Dr. jur. Walter Secherberger, Steuerberater, Wien, ist zum Geschäftsführer bestellt. Die Prokura des Dr. Karl Pirnat ist erloschen.

B 5583 „Konve“ Galanterie- und Spielwaren-Großhandel Gesellschaft m. b. H. (Wien, II, Prater-

straße 9). Hans Hrusak ist nicht mehr Geschäftsführer. 19633

Handelsgericht Wien.

Am 2. Februar 1948.

Neueintragen:

A 12944 Egger, Bezek & Co. (Wien, I, Dr.-Karl-Lueger-Platz 2, Großhandel mit Parfümerie-, Galanterie- und Bijouteriewaren sowie Haushaltsartikeln). Offene Handelsgesellschaft seit 1. August 1947. Gesellschafter: Egon Egger, Dipl.-Kaufmann, Emanuel Bezek, Kaufmann, und Franz Branny, Kaufmann, alle in Wien. Vertretungsbefugte sind zwei Gesellschafter gemeinsam.

A 12945 Franz Kaspar's Nachf. Ludwig Adler (Wien, VII, Neustiftgasse 3, Handel mit Schuhmacherzweihörartikeln). Offene Handelsgesellschaft seit 1. Jänner 1948. Gesellschafter: Oskar Naschitz, Kaufmann, Wien, und Elisabeth Naschitz, Fabrikantin, Wien. Firmeneintrag gemäß dem 4. Rückstellungsgebot, B. G. Bl. 143/47.

A 12946 A. & G. Weisz (Wien, V, Leibeisgasse 20, Herren- und Damenschneidergewerbe). Offene Handelsgesellschaft seit 20. Jänner 1948. Gesellschafter: Alfred Weiß, Kaufmann, Gertrude Weiß, Geschäftsfrau, beide in Wien.

A 12947 Eugen Prossquill & Co. (Wien, VIII, Piaristenasse 60—62, gewerbmäßige Annoncenvermittlung). Offene Handelsgesellschaft seit 1. Jänner 1948. Gesellschafter: Eugen Prossquill sen., Geschäftsführer, Hildegard Prossquill, Handelsfrau, Eugen Prossquill jun., Kaufmann, und Hildegard Zeilinger, Handelsfrau, alle in Wien. Vertretungsbefugte ist nur der Gesellschafter Eugen Prossquill sen. gemeinsam mit einem der drei anderen Gesellschafter.

B 3875 a Alpenländische Hotel- und Kuranstalt Aktiengesellschaft (Wien, III, Stalplatz 4). Gegenstand des Unternehmens: Das Gast- und Schankgewerbe, insbesondere der Betrieb von Hotels und Kuranstalten. Aktiengesellschaft. Die Satzung ist am 17. April 1947 festgesetzt. Vor Eintragung wurde die Satzung vom Aufsichtsrat am 27. Jänner 1948 in den §§ 9 und 16 geändert. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen gemeinsam vertreten. Der Aufsichtsrat kann einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnisse erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. Grundkapital: 510.000 S. Vorstandsmitglieder: Adolf Brüll, Bad Fusch, und Dr. Franz Pichler, Industrieller, Wien. Außer dieser Eintragung wird bekanntgemacht: Der Nenn- und Ausgabebetrag der Aktien ist 1000 S. Der Vorstand besteht aus zwei oder mehreren Personen. Die Bekanntmachungen erfolgen durch die „Wiener Zeitung“. Die Gründer, die alle Aktien übernommen haben, sind: Lucia Brüll, Hotelbesitzerin, Bad Fusch, Dkfm. Dr. Hans Porias, Wien, Vera Porias, Geschäftsfrau, Wien, Rudolf Brecher, Kaufmann, Salzburg, und Stefan Pirker, Geschäftsführer, Wien. Die Kosten der Gründung bis zum Höchstbetrage von 10.000 S. trägt die Gesellschaft. Aufsichtsrat: Dr. Otto Scheffl, Rechtsanwalt, Mödling, Dr. Marius Pichler, Industrieller, Wien, und Doktor Fritz Kvlner, Salzburg. Die mit der Anmeldung eingereichten Schriftstücke, namentlich der Prüfungsbericht der Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates, können bei Gericht eingesehen werden.

Veränderungen:

A 4165 Beng & Axt (Wien, I, Kärntner Straße 35). Als öffentlicher Verwalter entbunden: Hans Göbl; bestellt: Österreichische Vermögensverwaltungs-Gesellschaft m. b. H. Während der öffentlichen Verwaltung ruhen die Befugnisse der Gesellschafter. Vertretungsbefugte nunmehr nur die öffentliche Verwalterin allein.

A 4382 Wilhelm Pattera Wiener Grobgarndindustrie (Wien, XV, Pfeiffergasse 3). Bestellung zum öffentlichen Verwalter: Otto Feichtinger, Wien. Während der öffentlichen Verwaltung ruhen die Befugnisse der Organe der Firma. Vertretungsbefugte nunmehr der öffentliche Verwalter allein.

A 6648 F. S. Engelhofer (Wien, IX, Währinger Straße Nr. 48). Ausgetreten die Gesellschafter Karl Engelhofer sen. und Karl Engelhofer jun. Alleinherrscher nunmehr Dr. Hanns Engelhofer. Firma geändert in: Dr. Hanns Engelhofer.

A 7035 Marien-Apotheke Ph. Mr. Ernst Reich (Wien, XVIII, Martinstraße 93). Das Unternehmen ist ausgen. Firma geändert in: Apotheker, Wien, übergangsweise. Firma geändert in: Marien-Apotheke Mr. Bronislav Herz.

A 7955 Wilhelmine Gams (Wien, IX, Nußdorfer Straße 47). Die Prokura des Wilhelm Gams jun. ist erloschen.

A 8133 Schillerwein & Prinz vormals Anton Rosche (Wien, III, Landstraßer Hauptstraße 59). Während der Verlassenschaft nach Eduard Schillerwein wird die Firma von Auguste Schillerwein selbständig vertreten. Einzelprokurist: Gustav Schönauer, Wien.

A 9229 Franz Götzinger (Wien, IV, Schiefmühlgasse Nr. 15). Das Unternehmen ist in Wien, übergangsweise, Firmeninhaberin in Wien, übergangsweise, Christina Götzinger. Firma geändert in: Franz Götzinger Inh. Christina Götzinger.

B 3642 Mitteleuropäisches Reisebüro Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zweigniederlassung Ostmark in Liquidation (Wien, I, Friedrichstraße 7). Entbunden der öffentliche Verwalter und Abwickler: Dr. Wilhelm Raucher.

B 5336 Austria Versicherungsverein a. G., vormals Krankenschutz, Erste Allgemeine Krankenversicherungsanstalt a. G., Wien (Wien, III, Hildebrandstraße 14). Gesamtprokurist: Eva Sanderson, Wien. Sie vertritt auch gemeinsam mit einem zweiten Prokuristen.

C 481/75 „Atlantik“ Kino-Gesellschaft m. b. H. in Liquidation (Wien, V, Wiedner Hauptstraße 105). Bestellt zum öffentlichen Verwalter: Karl Frailer, Wien. Während der öffentlichen Verwaltung ruhen die Befugnisse der Organe der Gesellschaft.